Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7697**
17. Wahlperiode 10. 11. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Schlecht, Sahra Wagenknecht, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/7338 –

Aufbauprogramm gegen die Krise – Schutzschirm für Arbeitsplätze

A. Problem

Maßnahmen zur Belebung der Binnenkonjunktur sowie zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung; Anhebung Arbeitslosengeld II und Grundsicherung; Verlängerung Kurzarbeitergeld; Aufhebung Arbeitsmarktreformen; Erhebung einer Millionärssteuer; öffentliche Investitionen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

E. Bürokratiekosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/7338 abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2011

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken	**Garrelt Duin**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Garrelt Duin

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/7338** wurde in der 137. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Oktober 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung dazu auf, das Kurzarbeitergeld vom 1. Januar 2012 an für mindestens 18 Monate zu verlängern, einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, das Arbeitslosengeld II und die Grundsicherung auf 500 Euro anzuheben und die Arbeitsmarktreformen aufzuheben. Bund, Länder und Kommunen sollen ein Aufbau- und Zukunftsinvestitionsprogramm auflegen, das durch die Erhebung einer Millionärssteuer von 5 Prozent auf Privatvermögen über 1 Mio. Euro finanziert werden soll. Damit könnten pro Jahr 80 Mrd. Euro an Steuern eingenommen werden. Die Fraktion DIE LINKE. weist auf die hohe Konzentration des Vermögens der privaten Haushalte hin. Danach würden die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung über 80 Prozent des Vermögens verfügen. Zwei Drittel der Bevölkerung hätten demgegenüber gar kein oder ein sehr geringes Vermögen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise sei noch nicht überwunden. Zudem prognostiziere die EU-Kommission eine deutliche Abkühlung der europäischen Konjunktur und somit eine Verschärfung der Schuldenkrise. Die Bundesregierung habe durch eine Politik des Lohndumpings die Euro-Krise massiv verschärft. Ein Zerfall der Euro-Zone würde über die damit einhergehende Aufwertung die Exporte verteuern und Millionen Arbeitsplätze gefährden. Da die Ausrichtung auf Exporte eine tickende Zeitbombe sei, müsse die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Außenhandel reduziert und die Binnennachfrage über höhere Löhne und öffentliche Investitionen gestärkt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7338 in seiner 68. Sitzung am 9. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7338 in seiner 73. Sitzung am 9. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/7338 in seiner 80. Sitzung am 9. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage auf Drucksache 17/7338 in seiner 55. Sitzung am 9. November 2011 beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7338 zu empfehlen.

Berlin, den 9. November 2011

Garrelt Duin
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333